

## 2. Pfarrer Eckert, Mannheim: Opposition, nicht Koalition!

Wir müssen die tieferen Ursachen der sozialdemokratischen Wahlniederlage suchen und feststellen. Es ist töricht, den Versuch einer ehrlichen, öffentlichen Selbstkritik als Defätismus, als mangelndes Parteibewußtsein zu bezeichnen. Gerade das gesteigerte Verantwortungsbewußtsein für die Aufgaben und die Arbeitsmöglichkeiten der Partei zwingt uns zu einer ganz ehrlichen, rückhaltlosen Kritik und zu dem Willen, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. *Denn nur aus den Fehlern der Vergangenheit ist die Niederlage der Partei zu erklären*, ob das die Parteigenossen, die bisher die politische Linie der Partei bestimmt haben, wahrhaben wollen oder nicht. Es wäre verhängnisvoll, wollte man das irgendwie verschleiern.

Die Bedeutung des Stimmenverlustes von etwa 600.000 Stimmen wird dann erst richtig eingeschätzt, wenn man sich klarmacht, daß unter den am 14. September abgegebenen Stimmen eine nicht unbeträchtliche Zahl von früher demokratisch wählenden Volksgenossen enthalten ist, die ihren Führern Erkelenz und Potthoff gefolgt sind, um die „große, linke, demokratische Partei zu stärken“. Ist das richtig, dann haben wir fraglos eine große Zahl von bisher entschieden sozialistisch Wählenden verloren, die zur KPD gegangen sind. Es gibt keine gefährlichere Version, als die geflissentlich immer wieder in der Parteipresse vertretene Behauptung, es handle sich um „Krisenwahlen, um Arbeitslosenwahlen, um Konjunkturwahlen“. Die Signatur unserer Zeit und der zukünftigen Jahre wird eben die Arbeitslosigkeit, das Massenelend, sein. Was „Konjunktur“, also vorübergehender Zustand, genannt wird, ist Dauerzustand für unsere Zeit, jedenfalls für die Zeitspanne, in der die nächsten politischen Entscheidungen fallen.

Es ist keine Entschuldigung und keine Erklärung für unsere verlustreichen Wahlergebnisse, daß die Arbeitslosigkeit „daran schuld“ sei, es ist eher eine scharfe Anklage in dieser Entschuldigung enthalten dagegen, daß unsere Partei nicht vermocht hat, die Arbeitslosen an sich zu ketten, *die Partei der Arbeitslosen*, der eigentlichen Opfer der heutigen kapitalistischen Krise, zu werden und als solche zu gelten. Es ist töricht, immer wieder davon zu sprechen, daß in Zeiten wirtschaftlicher Depression“ solche Wahlen verständlich seien. Die SPD hat nach meiner Auffassung *in erster Linie die Pflicht, gerade in solchen Zeiten der wirtschaftlichen Depression die Zuflucht aller Bedrückten und Hoffnungslos gewordenen zu sein.*

*Wir haben diese Wahl verloren, weil wir eine verkehrte politische Linie eingehalten haben. Diese verkehrte Linie aber ist die Folge der falschen Analyse des gegenwärtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Die führenden Parteigenossen waren des besten Glaubens, daß man in einer Zeit der kapitalistischen Krise sich, um das Schlimmste zu verhüten, an der Regierung beteiligen müsse. Man konnte das noch zugeben Anfang 1928 und noch nach den Maiwahlen. Man konnte der Auffassung sein, daß es einen Weg der Verhandlung und der Kompromisse mit den politischen Vertretern der bürgerlich-kapitalistischen Front gebe. Aber schon die Schwierigkeiten bei der Bildung des Kabinetts Müller und die ersten entscheidenden Kämpfe innerhalb des Kabinetts machten es klar, oder sollten es wenigstens auch den vertrauensseligsten Genossen deutlich gezeigt haben, wie unmöglich es ist, in einem in seiner Majorität kapitalistisch orientierten Kabinett unter sozialistischer Kanzlerschaft etwas für die Arbeiterklasse Entscheidendes zu erreichen. Auch die „großen Erfolge“ der Außenpolitik, auf die sich die Befürworter der Koalitionsbereitschaft so viel zugute halten, sind, bei Licht besehen, sehr fragwürdig.*

*Die Abmachungen des Youngabkommens lagen in erster Linie im Interesse der großbürgerlichen Kreise der Deutschen Volkspartei, die ganz mit Recht den Abschluß des Youngabkommens als einen Erfolg der kapitalistischen Interessenpolitik Stresemanns bezeichneten. Die „vaterländischen Tiraden, die man gern mit der „Rheinlandräumung“ und der Sicherheit der geregelten Nachkriegsverpflichtungen verbindet, „sollen nur den durchaus kapitalistendienlichen Charakter des Youngplanes verdecken“. Wir haben auf alle Fälle kein Interesse, den Youngplan, der die Ankurbelung der kapitalistischen Wirtschaft bedingen sollte, als „unser“, der SPD Werk zu bezeichnen, oder gar stolz darauf zu sein. Wir werden, wenn wir die Interessen der werktätigen Massen im Auge behalten wollen, alles daran setzen, um den Youngplan durch unseren Einspruch gegen seine Untragbarkeit revidieren zu lassen. Die Übernahme der Mitverantwortung für die in dieser Zeit der Wirtschaftskrise zur Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft notwendigen Maßnahmen hat unsere Partei als die Vertretung der Arbeitnehmerschicht zu stark belastet, als daß ihr das alles vergessen werden konnte in den wenigen Wochen, die sie zwangsläufig in eine Opposition gedrängt war von den Koalitionspartnern, die glaubten, des Deckmantels der SPD für ihre Interessenpolitik nicht mehr zu bedürfen. Es ist nicht notwendig, alle Stadien der verlustreichen Regierungsbeteiligung unter allen Umständen, über den Panzerkreuzer bis zu den Entwürfen für die Mas-*

senbelastungen um des Youngplanes willen, und den Verhandlungen über die Gestaltung der Arbeitslosenversicherung. Es genügt darauf hinzuweisen, daß die ganze Zeit der Regierung Müller eine Leidenszeit gewesen ist für die SPD, die auch durch die von den koalitionsbereiten Genossen sehr betonte Staatsverantwortlichkeit nicht verklärt wird.

Aus dieser unklaren und zu immer neuen Kompromissen und Zugeständnissen an die bürgerlichen Partner zwingenden Haltung der Partei ist es zu verstehen, daß die Agitation der Partei im Wahlkampf wie gelähmt war. Die auf eine bereits neue in Aussicht genommene Koalition bedachten Reichstagskandidaten hüteten sich „mehr zu versprechen, als sie erfüllen imstande sein würden“. Die in der Opposition stehenden Genossen, die ohne innere Hemmung eine klassenbewußtere Linie der Politik verlangen konnten in der Wahlkampagne, und damit spontane und laute Zustimmung der proletarischen Wählermassen fanden, empfand man als eine Art „enfant terrible“, als eine Gefahr für die vorsichtige staatsmännische Klugheit der Regierungsbereiten, als Genossen, die sich zu weit vorwagten. Es ist klar, daß man mit einer so *lauwarmen Agitation* die Angriffe der faschistischen Front nicht bestehen konnte, man hatte keine wirkliche, keine innere Radikalität der Gesinnung und der Kampfentschlossenheit zum Sturz der untergangsreifen kapitalistischen Wirtschaft gegenüber der radikalen Phrase der faschistischen Banden.

Aus dem Vergangenen zu lernen, ist die erste Voraussetzung eines zukünftigen Sieges, die gegenwärtige Situation richtig erkennen, die eigenen Kräfte richtig einzuschätzen, aber ist der erste Schritt einem neuen Ziele zu. Für einen Sozialisten und Marxisten sind nicht die Ansichten eines einzelnen oder irgendeine Idee maßgebend für die zu fassenden Entschlüsse, sondern die *objektive Situation des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens*. Erst die nüchterne Analyse der wirtschaftlichen und staatspolitischen Lage kann uns das im Augenblick notwendige Handeln zeigen.

Das Tempo der kapitalistischen Entwicklung ist unheimlich. Noch vor kurzem hofften die Kapitalisten, und wir fürchteten das mit ihnen, daß die internationale Konsolidierung der kapitalistischen Wirtschaft trotz der offensichtlichen Krisen und Spannungen würde erreicht werden können. Die westlichen Demokratien schienen als politisches Werkzeug wohl geeignet zu sein, die wirtschaftliche Kräftigung des kapitalistischen Systems durch gesetzliche Maßnahmen zu fördern und zu verteidigen. Es ist anders gekommen, über Nacht beinahe. Die Wirtschaftskrise ist vor aller Augen, sie ist überall, auch in

den siegreichen Ländern, die glaubten, durch die Kontributionen der Besiegten der Schwierigkeiten Herr zu werden. Ja, gerade die Übersättigung der Märkte und die Desorganisation der Produktion, die durch die Stauungen in den verschiedensten Absatzgebieten verursacht wurde, treibt die internationale Bourgeoisie zu immer neuen, sich überstürzenden Sicherungsmaßnahmen, die allerdings nur neue Schwierigkeiten schaffen und zur Evidenz zeigen, *daß die kapitalistische Wirtschaft nicht mehr imstande ist, die jeder Wirtschaft obliegende Pflicht zu erfüllen, Brot und Arbeit für alle zu schaffen.* Das deutlichste Symptom der sich verschärfenden Krise ist die Massenarbeitslosigkeit bei gesteigerter Produktion, der Hunger der Massen bei vollen Scheuern und Warenlagern.

Insbesondere der *kommende Winter* wird uns eine wirtschaftliche Krisis bringen, deren Folgen noch nicht abzusehen sind. Es ist möglich, daß nur die politische und wirtschaftliche Machtergreifung durch das Proletariat der Rat- und Hilflosigkeit wird abhelfen können. Die Vorzeichen der nahenden Entscheidung kann jeder, der guten Willens ist, sehen. Die Börse ist unsicher, die Zahlungsmittel sind nicht mehr stabil, Kredite werden bereits jetzt gekündigt. Lohndruck auf der ganzen Linie steht bevor; die Berliner Metallindustriellen haben nur angefangen mit ihren 15 Prozent Abbau. Massenentlassungen sind vorbereitet. Preissteigerungen der lebenswichtigsten Produkte sind unaufhaltbar. Die Kartelle und Syndikate halten nicht umsonst die Preisgestaltung in der äußersten Spannung. Es ist ganz sinnlos, etwa durch staatliche Maßnahmen diese Entwicklung aufhalten zu wollen, *und der kapitalistischen Methode nicht zugleich das Lebenslicht auszublasen. Der Kapitalismus wehrt sich mit allen Mitteln um sein Leben, er ist zwangsläufig dazu gezwungen. Er muß die Maske fallen lassen und brutal werden, um am Leben bleiben zu können - vorläufig.*

Die Verelendung der Massen ist größer als derer, die noch im Produktionsprozeß stehen; man glaubt die Redensarten, mit denen sich die bürgerlich-kapitalistischen Parteien ihre Wählerschaft zusammenidealisiert haben, nicht mehr, die nationale Phrase zieht nicht mehr, auch die von der „gesicherten Volksgemeinschaft“ nicht, auch nicht mehr die Beschwörung der großen herrlichen Vergangenheit der Tradition, das Bürgertum muß von der Demokratie, seiner Waffe gegen den Absolutismus, Abschied nehmen. Sie rentiert sich nicht mehr, die Phrase von der Freiheit und Gleichheit der Bürger, sie wird nicht mehr geglaubt. *Man muß sich umstellen.* Der verschärften Methodik der Rationalisierung, der Abwälzung der Soziallasten, der Massenentlassungen

und des Lohnabbaus entspricht die neue Methode des um seine Existenz ringenden Kapitalismus auf dem politischen Gebiete. *Die Demokratie wird ausgehöhlt, der Faschismus wird als das Instrument und als die Waffe bürgerlicher Macht ausgebildet, zunächst unter revolutionär klingenden Parolen.* Er wird solange zurückgehalten, bis nach menschlichem Ermessen das Risiko von Seiten der physischen Gewalten der Republik, der Reichswehr etwa und der Polizei, nicht mehr groß ist.

*Man macht „Revolution“, lies „bürgerliche Revolution“, nicht gegen die Machtmittel des „Staates“, sondern mit ihnen!* Die durchsickernden Absichten der Nationalsozialisten lassen das deutlich erkennen. *Es gibt keine Macht gegen die faschistische Gefahr als das klassenbewußte Proletariat.* Das Proletariat von der Illusion zu befreien, als ob die Mittel der „Demokratie“ - welcher Demokratie und welche Mittel? - ausreichen würden, um gegen das seinen Verzweiflungskampf kämpfende Bürgertum die Interessen des ganzen Volkes, also auch des Proletariats, zu verteidigen, ist die gegenwärtige Hauptaufgabe der sozialistischen Agitation.

*Wenn die Lage so ist, wie ich sie zu umreißen versuchte, dann wäre es ein Verbrechen, die große Arbeiterpartei der SPD zu einer Koalition aufzumuntern.*

Auch der tüchtigste sozialistische „Staatsmann“ müßte an der Logik des Geschehens scheitern, auch Otto Braun, dem man nachrühmt, die Fähigkeiten zu haben, die allzu großen Ambitionen bürgerlicher Parteien in den für das Proletariat erträglichen Grenzen zu halten. Das wird auch dem optimistischen Beurteiler der Lage sofort klar, wenn wir die konkreten Forderungen aufzählen, die als *Mindestforderungen* von der SPD gestellt werden müßten für jede Koalition und Regierungsbeteiligung, wenn eine solche, rein zahlenmäßig als Große Koalition möglich wäre, und wenn die bürgerlichen Gruppen eine solche Koalition überhaupt wollten. Sie glauben vorerst immer noch, daß es höchste Zeit sei, ohne und gegen die Sozialdemokratie die tatsächliche Macht der Bourgeoisie zu sichern. Da in diesem löblichen Tun die SPD sie immerhin etwas hindern könnte, soll sie gar nicht mehr mit in die Regierung nach dem Willen Brüning und des Herrn Scholz.

*Was aber müßte die SPD in einer imaginären Koalition verlangen? Aufhebung der Brüning'schen Notverordnungen, Arbeitszeitgesetz zur Herabsetzung der Arbeitszeit auf 7 Stunden, Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Arbeitslos gewordenen. Besitzsteuern. Maßnahmen gegen Steuerflucht und die Kapitalverschiebungen. Durchführung der Reichsreform.*

*Abbau des Wehretats. Herabsetzung der hohen Gehälter und Pensionen. Einstellung des Lohnabbaus. Sicherstellung der Mittel zur Arbeitslosenunterstützung durch den Staat. Sicherung der Demokratie gegen alle Versuche, die Diktatur zu errichten. Sofortige und /S.626 nachdrücklichste Bestrafung aller politischen Gewalttätigkeiten.*

Man braucht diese Forderungen nur auszusprechen, um zu erkennen, wie ganz unmöglich es ist, eine tragfähige Regierung auf dieser Grundlage mit den bürgerlichen Gruppen zu bilden. Brüning, der Führer des Zentrums, der auch bei der unmöglichen Regierungsbildung, die uns vorschwebt, die Schlüsselstellung innehatte, wird niemals zu unseren Forderungen der Sozialpolitik seine Zustimmung geben, ganz abgesehen von den Interessen der Deutschen „Volks“partei, dem politischen Instrument der Schwerindustrie, und dem einstimmigen Beschluß der Wirtschaftspartei des Herrn Bredt, mit der SPD keine Koalition einzugehen.

*Es bleibt darum nach nüchterner Überlegung der SPD nichts übrig, als zu einer entschlossenen Opposition bereit zu sein. Sie hat in jeder denkbaren Koalition nichts zu gewinnen und alles zu verlieren, das Vertrauen der werktätigen Massen, das Vertrauen ihrer 8 Millionen Wähler.*

Außerordentlich bedenklich muß es uns stimmen, wenn die bürgerlichen Blätter des Auslands davon reden, daß nur eine Regierung der Mitte mit der SPD eine Sicherung des politischen Lebens darstellen würde. Wir sollen uns sehr in acht nehmen, daß wir nicht zu den Beschützern und Hütern der internationalen Interessen der kapitalistischen Bourgeoisie werden, ja schon davor, daß wir als solche angesehen werden können.

*Linke Opposition, nicht etwa Linksopportunismus! Ehrliche, klassenbewußte Opposition ist die Forderung der Stunde!*

Auch dann Opposition, wenn man uns mit dem Schreckgespenst der faschistischen Diktatur bange machen und uns veranlassen will, das „kleinere Übel“ einer Duldung des Minderheitenkabinetts Brüning oder gar der Beteiligung an einem Minderheitenkabinettt zu wählen! Es hat den Anschein, als ob die allenthalben veröffentlichten strengen Maßnahmen Brünings eine Angstpsychose bei der SPD auslösen soll, die schließlich bei einer Minderung der „ursprünglich beabsichtigten schärferen Maßnahmen“ bereit sein soll, zur „Rettung der Demokratie und des Staates“ die Verantwortung wieder mit zu übernehmen!

*Wir warnen vor einer solchen Politik! In solchen entscheidenden Situationen braucht das Proletariat sein Selbstbewußtsein und seinen Mut mehr als das tägliche Brot.*

Die konkrete Aufgabe der Partei aber ist es darum, der Masse jede Illusion zu nehmen, die Betriebe zu politisieren, die Erwerbslosen organisatorisch zu erfassen durch besondere Ausschüsse, das Reichsbanner zu einer Arbeiterwehr zu machen, und die Gewerkschaften aus „Wirtschaftsvertretungen“ zu Kampforganisationen des Proletariats. Nichts anderes, als bereit sein zum *Entscheidungskampf zwischen Kapital und Arbeit*, das ist die Aufgabe unserer Partei. Die Vertreter in den Parlamenten haben m. E. die Aufgabe, bei jeder Gelegenheit die *Unfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft* zu brandmarken, als Anklägerin der Massen Gesetze zu verlangen, die den Sturz der kapitalistischen Unordnung erzwingen.

Es gibt keinen anderen Weg mehr, als diesen der entschlossenen Opposition, die zu allem bereit ist, um das Elend der Massen zu lindern durch die Errichtung der sozialistischen Ordnung.

*in: Der Klassenkampf, 4. Jahrgang, Nummer 20, 15. Oktober 1930; S. 622-626.*